

Bericht

des Umweltausschusses

über den Antrag 2969/A(E) der Abgeordneten Ing. Martin Litschauer, Johannes Schmuckenschlager, Julia Elisabeth Herr, Kolleginnen und Kollegen betreffend Neubaupläne von Small Modular Reactors (SMRs) in Tschechien

Die Abgeordneten Ing. Martin **Litschauer**, Johannes **Schmuckenschlager**, Julia Elisabeth **Herr**, Kolleginnen und Kollegen haben den gegenständlichen Entschließungsantrag am 18. November 2022 im Nationalrat eingebracht und wie folgt begründet:

„Wie öffentlich bekannt wurde, plant der staatliche Energieversorger CEZ bis 2032 die Errichtung von sogenannten kleinen modularen Reaktoren, vom englischen „Small Modular Reactors“ (SMRs), oder umgangssprachlich „Mini-AKWs“. Diese sollen an mehreren Standorten, u.a. auch am Standort des AKWs in Temelin, sowie am weiter östlich gelegenen AKW Dukovany, also im grenznahen Gebiet zu Österreich errichtet werden. Diese Pläne bedeuten daher ein erhebliches Sicherheitsrisiko für die ansässige tschechische und österreichische Bevölkerung.

Was sind SMRs? Mit einer Leistung bis zu 300 MW und der Größe eines Wohnhauses sollen sie - billig am Fließband produziert - einsatzbereit sein und die Energiewende angeblich risikofrei und dezentral gewährleisten. Alle vermeintlich positiven Argumente der Reaktorhersteller und Atomkraftbefürworter für SMRs, wie zum Beispiel, dass durch mehrere kleinere Anlagen, die in Serie produziert werden und die Anlagen günstiger zu errichten seien, wurden bereits mehrmals widerlegt. Der Umstand, dass die SMR neben den bestehenden Atomreaktoren gebaut werden sollen, widerspricht aber auch gleichzeitig dem Argument, dass mit SMR dezentrale Energielösungen aufgebaut werden. Eine mögliche Netzentlastung und eine Stärkung der Resilienz der Energieproduktion wird mit diesem SMR-Konzept nicht erreicht.

SMRs sind keine Lösung, im Gegenteil: sie sind noch teurer und schmutziger als große Kernkraftwerke. Auch das deutsche Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung belegt in einer Untersuchung, dass Mini-AKW in Summe teurer sind.

Risikoreiche Phantasieprojekte. Die diversen Konzepte zu SMRs teilen alle eine Gemeinsamkeit: sie werden bisher nicht kommerziell eingesetzt, es gibt nur sehr wenige Versuchsreaktoren. Viele davon haben mit Verzögerungen wegen Sicherheitsbedenken und technischer Schwierigkeiten zu kämpfen, wie wissenschaftliche Stellungnahmen von Universitäten aufzeigen. SM-Reaktoren bedeuten zusätzliche, unkalkulierbare Risiken für die Bevölkerung und erzeugen mehr Atommüll pro Energieeinheit. Mehr Atommüll, für den es keine sichere Endlagerung gibt, und der in weiterer Folge und in unzulässiger Weise die Lebensqualität nachfolgender Generationen einschränken würde. Es muss daher sichergestellt werden, dass die Interessen der österreichischen Bevölkerung gewahrt bleiben und Berücksichtigung finden müssen.

Keine genehmigte Endlagerung. Schon vor der Inbetriebnahme des AKW Temelin wurden Atommüllendlager in Tschechien versprochen und obwohl diese nicht vorhanden sind, wurde der Betrieb aufgenommen. Aktuell gibt es noch immer keinen fixierten und genehmigten Standort für ein Atommüllendlager und jene Standorte, die diskutiert werden, liegen größtenteils in Grenznähe zu Österreich und stellen eine zusätzliche Bedrohung dar. Durch die geplanten SMR würde sich der Atommüll noch stärker anhäufen, ohne, dass es dafür eine genehmigte Lagerstätte gibt. Es ist nicht

einzusehen, dass neue Reaktoren genehmigt werden, ohne dass auch für die Endlagerung genehmigte Projekte vorliegen.

Europäische Nachbarschaft. Die umfassenden Argumente gegen solche Anlagen sind also seit Jahrzehnten be- und anerkannt. Ebenfalls ist der Tschechischen Republik bekannt, dass Österreich seit vielen Jahrzehnten gegen die Nutzung der Atomkraft ist. Im Europäischen Gedanken sollten diese Entscheidungen eines Nachbarstaates respektiert werden und dem entgegenstehende Maßnahmen unterlassen werden.

Wir halten daher erneut fest: Atomkraft ist keine nachhaltige Antwort auf den Klimawandel. Nur erneuerbare Energien sichern uns und unseren nachfolgenden Generationen eine sichere Energiegewinnung. Diese Technologien sollten grenzüberschreitend und gemeinsam zum Wohle unserer europäischen Gemeinschaft geplant und umgesetzt werden.“

Der Umweltausschuss hat den gegenständlichen Entschließungsantrag in seiner Sitzung am 06. Dezember 2022 in Verhandlung genommen. An der Debatte beteiligten sich außer dem Berichterstatter Abgeordneten Ing. Martin **Litschauer** die Abgeordneten Cornelia **Ecker**, Michael **Bernhard**, Johannes **Schmuckenschlager**, Johannes **Rauch**, Julia Elisabeth **Herr** sowie die Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie Leonore **Gewessler**, BA.

Bei der Abstimmung wurde der gegenständliche Entschließungsantrag der Abgeordneten Ing. Martin **Litschauer**, Johannes **Schmuckenschlager**, Julia Elisabeth **Herr**, Kolleginnen und Kollegen einstimmig beschlossen.

Als Ergebnis seiner Beratungen stellt der Umweltausschuss somit den **Antrag**, der Nationalrat wolle die **angeschlossene Entschließung** annehmen.

Wien, 2022 12 06

Ing. Martin Litschauer

Berichterstattung

Lukas Hammer

Obmann

